

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage nach Sonn- und Festtagen.
Zeitung: monatlich 2.00 Mark. — durch die Postanstalt
Preis: 20. —, wöchentlich 30. —.
Anzeigenspreis (incl. d. d. Druckkosten): im Umkleis-
begrenzt der Raum der 2. Spalte 10. —, 3. Spalte 8. —, 4. —
5. —, 6. —, 7. —, 8. —, 9. —, 10. —, 11. —, 12. —, 13. —, 14. —, 15. —, 16. —, 17. —, 18. —, 19. —, 20. —, 21. —, 22. —, 23. —, 24. —, 25. —, 26. —, 27. —, 28. —, 29. —, 30. —, 31. —, 32. —, 33. —, 34. —, 35. —, 36. —, 37. —, 38. —, 39. —, 40. —, 41. —, 42. —, 43. —, 44. —, 45. —, 46. —, 47. —, 48. —, 49. —, 50. —, 51. —, 52. —, 53. —, 54. —, 55. —, 56. —, 57. —, 58. —, 59. —, 60. —, 61. —, 62. —, 63. —, 64. —, 65. —, 66. —, 67. —, 68. —, 69. —, 70. —, 71. —, 72. —, 73. —, 74. —, 75. —, 76. —, 77. —, 78. —, 79. —, 80. —, 81. —, 82. —, 83. —, 84. —, 85. —, 86. —, 87. —, 88. —, 89. —, 90. —, 91. —, 92. —, 93. —, 94. —, 95. —, 96. —, 97. —, 98. —, 99. —, 100. —.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch-Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag J. M. Gürtner, Aue, Erzgeb.

Vertrauensdruck: Aue 21, 20095 (Aue) 140, Schwarzenberg 15, Schwarzenberg 18, Grünhain/Neudorf: Volkshaus Schwarzenberg.

Alleigen-Annahmen für die im Rückhinein erscheinende Nummer bis zum 1. Mai in der Redaktion.
Bilder: Für die Redaktion des „Volksfreund“ ist es unzulässig, wenn sie nicht geeignet sind, sich für die Rückhinein der durch den Verlag zu veranlassenden Ausgaben. — Die Rückhinein der durch den Verlag zu veranlassenden Ausgaben ist es unzulässig, wenn sie nicht geeignet sind, sich für die Rückhinein der durch den Verlag zu veranlassenden Ausgaben. — Die Rückhinein der durch den Verlag zu veranlassenden Ausgaben ist es unzulässig, wenn sie nicht geeignet sind, sich für die Rückhinein der durch den Verlag zu veranlassenden Ausgaben.

Nr. 117.

Sonnabend, den 20. Mai 1922.

75. Jahrg.

Unter den Geflügelpestfällen der Landwirte Marg Eschig und Otto Eger in Gaster ist die Scharpest ausgebrochen.
Schwarzenberg, am 18. Mai 1922.

Die Amtshauptmannschaft bzw. des Wirtschaftsministerium haben den XI. Nachtrag zur Steuerordnung für die Stadt Aue, Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer betreffend und den III. Nachtrag zu den Satzungen für die Rildpellschule in Aue, Erhöhung des Schulgeldes betreffend, genehmigt. Diese Nachträge liegen 14 Tage lang zur Einsichtnahme in unserer Ratshaus aus.
Aue, am 17. Mai 1922.

Aue.

Die öffentlichen unentgeltlichen **Erstimpfungen** in Aue werden in diesem Jahre in der Turnhalle der 1. Bürgerschule, Eingang an der Schwarzenberger Str. oberhalb der Schule durch die Pestalozzistr., in nachstehender Reihenfolge vorgenommen:

Montag, den 22. Mai nachm. 5.15 Uhr für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben A—F; Dienstag, den 23. Mai, nachm. 5.15 Uhr für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben G—K; Mittwoch, den 24. Mai nachm. 5.15 Uhr für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben L—Q; Freitag, den 26. Mai nachm.

Impfungen.

5.15 Uhr für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben Q—S; Sonnabend, den 27. Mai nachm. 5.15 Uhr für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben T—Z.
Eine Woche später sind alle geimpften Kinder derselben dem Urbezirk zur Nachschau wieder vorzustellen, also die Impflinge vom 22. Mai am 29. Mai nachm. 5.15 Uhr; vom 23. Mai am 30. Mai nachm. 5.15 Uhr; vom 24. Mai am 31. Mai nachm. 5.15 Uhr; vom 26. Mai am 1. Juni nachm. 5.15 Uhr, vom 27. Mai am 2. Juni nachm. 5.15 Uhr.
Impfpflichtig sind alle hier wohnhaften, im Jahre 1921 geborenen und alle früher ans irgend einem Grunde bei der Impfung zurückgebliebenen oder ohne Erfolg geimpften Kinder.
Befreit von der Impfung sind die Kinder, die die natürlichen Mütter überhand haben oder ohne Gefahr für ihr Leben oder ihre Gesundheit nicht geimpft werden können, oder die im Geburtsjahre bereits mit Erfolg geimpft worden sind.
Aus Krankheitsgründen, die den anstehenden Impfungen entgegenstehen, dürfen Impfungen nicht zu dem öffentlichen Impfungen gebracht werden. In allen Fällen, in denen Impfungen nicht zur Impfung oder nicht zur Nachschau gebracht werden, ist der Grund des Ausbleibens durch Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder sofort nach dem Impftermine im Stadthaus, Zimmer 18, nachzuweisen. Zur Impfung sind die Kinder mit rein gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern vorzustellen. Impfstoff ist bereit.
Aue, am 18. Mai 1922.

Deutscher Wirtschaftsfrieden.

Dem „A. V.“ wird geschrieben:

Lord George hat in Genua den Vorschlag eines europäischen Bürgerfriedens gemacht, ohne daß er mit diesem Vorschlag durchgedrungen wäre. Es ist auch nicht anzunehmen, daß er, wenn die Zustimmung im Haag weitlich zustande kommt, mit einer Wiederaufnahme seines Vorschlags in seiner ursprünglichen Gestalt bessere Erfolge erzielen wird. International scheint also der Gedanke eines Völkerefriedens nicht zur Verwirklichung kommen zu können, warum sollte er aber sich in der nationalen Gesellschaft eines Volkes, das von außen her seine wichtigsten Lebensinteressen bedroht sieht, nicht in die Tat umsetzen lassen, zumal eine solche Tat die einzige Rettung vor der sonst bestimmt kommenden Katastrophe bedeuten würde? Deutschland muß sich einigen. Die politischen Gegensätze werden sich nicht aus der Welt schaffen lassen, umso mehr aber muß der Weg gefunden werden zu einem Waffenstillstand im Wirtschaftskampf zu kommen. Beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, müssen daran mitarbeiten, denn nur durch gemeinsame Arbeit wird Deutschland sich aus seinem Niedergang wieder erheben können. Die einzelnen Zweige der Wirtschaft müssen endlich dazu kommen, Hand in Hand zu arbeiten, die Industrie der Landwirtschaft zur Seite stehen und die Landwirtschaft die Versorgung der industriereichen Gegenden sichern. Der Gedanke der Lieferungsverträge an große Organisationen der Konsumenten, vornehmlich aber auch der Arbeiter, ist ein erfolgversprechender Schritt auf diesem Wege. Kohlewirtschaft und Transportwesen müssen sich sinngemäß in ein System der gegenseitigen Unterstützung eingliedern. Das Wichtigste ist, daß es endlich zu einem Arbeitsfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommt. Wenn der Großindustrielle Stinnes einem seiner neuen Schiffe den Namen des Gewerkschaftsführers Karl Legien gibt, so ehrt er damit sich und die deutsche Arbeiterschaft, die ihm diese Ehreung danken soll, indem sie die dargebotene Hand rückhaltlos ergreift und sich zu dem Deutschland dringend notwendigen Waffenstillstand im Klassenkampf bereit erklärt.

Wilhelmshaven, 18. Mai. Nächsten Sonnabend findet hier die Taufe eines neuen Stinnes-Dampfers statt. Das Schiff wird den Namen „Karl Legien“ erhalten. An den Taufzeremonien werden außer Stinnes auch der Reichspräsident und der Oberpräsident Mecke, der Chef der Marineleitung und verschiedene andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnehmen.

Das hartnäckige Frankreich.

Berlin, 18. Mai. Wie aus Paris berichtet wird, wurde in der gestrigen Unterredung Poincaré mit Dubois beschloffen, die von Vermees übermittelten Vorschläge der deutschen Regierung als unbedingt zurückzunehmen und alle Maßnahmen zu treffen, um am 31. Mai alle Bestimmungen des Friedensvertrages in Kraft treten lassen zu können. Dubois sagte Vermees von diesem Beschluß in Kenntnis und forderte ihn auf, von seiner Regierung neue genaue Vorschläge zu erbitten. Vermees erwiderte, die Lage der deutschen Regierung und des gegenwärtigen Kabinetts wäre sehr schwierig, aber trotzdem werde die deutsche Regierung alles Mögliche tun, der Schwierigkeiten Herr zu werden, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Er werde sofort von seiner Regierung telegraphisch neue Befehle erbitten.

Die Schlussung in Genua.

Genua, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der ersten politischen Kommission verlas Schanzer den Bericht über die Vereinbarungen und Beschlüsse der ersten Unterkommission, die bereits gestern gemeldet wurden. Nach einem Zwischenspiel, in dem Wilson gegen Polen vorgeht und Facta, Adhlerstein und Stenmann beruhigend und erklärend eingriffen, bejahte sich die Kommission mit organisatorischen Fragen für den Haag. Den Russen wurden nochmals alle Vorrechte garantiert, die auch den anderen Nationen zugesichert sind. Dann wurde nach kurzen Worten Lord Georges und des holländischen Delegierten die Sitzung geschlossen. Morgen vormittag um 9 Uhr ist die öffentliche Schlussung der Konferenz.

Die Kosten für Genua.

Berlin, 18. Mai. Nach einer zuverlässigen parlamentarischen Information werden die Kosten der deutschen Vertretung in Genua mit 25 Millionen Mark veranschlagt. Hierüber wie über die ungewöhnliche Größe der deutschen Delegation, die zeitweise 140 Köpfe stark war, während die englische nur 88, die französische gar nur 35 Vertreter in Genua hatte, soll die Anfrage, die von rechtsstehender Seite im Plenum beim im Ausschuss gestellt wird, Aufklärung von der Reichsregierung verlangen.

Amerikas Fernbleiben vom Haag endgültig.

Paris, 18. Mai. Nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Staatsdepartement sich offiziell gestern dahin geäußert, daß Lord George und alle europäischen Politiker sich täuschen, wenn sie annehmen, daß die Rote des Staatssekretärs Hughes in der russischen Frage die Möglichkeit einer amerikanischen Teilnahme an der Konferenz im Haag offen lasse. In Wirklichkeit habe die Dughes'sche Note die Lage in Bezug auf die Haltung Amerikas der Sowjetregierung gegenüber nicht verändert.

London, 18. Mai. Einer „Times“-Mitteilung aus Washington zufolge läuft die gestrige Rede Hoover in der amerikanischen Handelskammer auf folgende Mitteilung an Europa hinaus: Jede Hoffnung auf Erwartung weiterer amerikanischer Regierungsanleihen kann aufgegeben werden. Wenn Hilfe gewünscht wird, muß man sich an die amerikanischen Kapitalisten wenden. Um sich die Hilfe der amerikanischen Kapitalisten zu sichern, muß Europa den allgemein geforderten Bedingungen nachkommen. Ausland muß außerdem die bereits geforderten Garantien geben.

Morgan und Rahns Anleihepläne.

Paris, 18. Mai. „Journal“ meldet aus London, daß die belgischen amerikanischen Bankiers Morgan und Kahn glauben, daß ein großes Anleihe-Ergebnis sowohl in Amerika, als auch in den neutralen Staaten erzielt werden könnte. Zum Teil könnte man durch diese Anleihe auch eine gewisse Menge der deutschen Auslandsverbindlichkeiten wieder nach Deutschland zurückführen. Beide sollen der Ansicht sein, daß eine strenge Finanzkontrolle Deutschlands durchgeführt werden müsse, aber ohne daß Deutschland dadurch täuscht werde. Eine Meinungsverschiedenheit besteht zwischen Morgan und Kahn darüber, wem der größere Teil der gezeichneten Anleihe zustehen soll. Der eine wünscht ihn hauptsächlich Deutschland zuzuführen, damit dieses seine Valuta stabilisieren könne, der andere hauptsächlich Frankreich, damit dieses einen Ausgleich in seinem Budget schaffen könne.

Der Urteil im Petersdorfer Prozeß.

Oppeln, 18. Mai. Vom Interimistischen Gerichtshof wurde der Angeklagte Saugel wegen Teilnahme an dem Ueberrück in Petersdorf und wegen Ermordung des Sohls Seichter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, ferner Krömer, Eisenbahninspektor in Olsewitz und Vertreter des Selbstschutzes zu 8 Jahren Zuchthaus, Wonne zu 10 Jahren Zuchthaus, Wettkill u. Walesta wegen Ermordung von Seichter zu 10, bzw. 8 Jahren Zuchthaus, Wolbus ebenfalls als Führer des Selbstschutzes zu 10 Monaten Gefängnis, der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Niemann zu 2 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu niedrigeren Gefängnisstrafen verurteilt. Rektor Usbanek in Olsewitz und Wöhlmann aus Olsewitz, gegen den die Todesstrafe beantragt war, wurden freigesprochen. (Ob man zu dem Urteil Stellung nehmen kann, muß die Veröffentlichung der Urteilsgründe abgewartet werden. A. V.)

Paris, 18. Mai. Nach einer Lapa-Weltung aus Athen ist das Kabinet Stratos nach einstimmigen Befehlen mit 154 gegen 150 Stimmen durch die Kammer gestürzt worden.

Gesetzlicher Jugendschutz.

Stimmungsbild aus dem Reichstag.
Re. Bevor das Reichsparlament am Donnerstag in die Sitzungsperiode des Etats des Reichsordentliches eintrat, nahm es ohne Aussprache einen Gesetzentwurf an, der den Angehörigen der Vereinigten Staaten für ihre Urheberrechte an Werken der Literatur, der Kunst und der Photographie geschützten Schutz zusichert. Ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der Patentschutzordnung wurde dem Ausschuss für Siedelungs- und Wohnungsfragen überwiesen. Die Sozialkommission hat zunächst der wichtigen Frage des gesetzlichen Jugendschutzes. Zwei Weltanschauungen traten sich gleich einigang entgegen: die Nationalistische durch den Mund des Abg. Siedel und die vom Abg. Fliener vertretene deutschnationale. Jener begehrt einen Antrag, dessen Tendenz zur Bewilligung durch das Verlangen nebenherkommt, u. a. Bestimmungen aufgehoben zu sein, die die väterliche Zucht des Lehrers sichern. Die Recht ferngenannte Abg. Winter bittet das Parlament als nicht auf Jugendschutz, sondern auf

Jugendschutz zu politischen Zwecken gerichtet. Dem stelle Abg. Fliener die Forderung nach einem Gesetz über die Ausbildung der Jugend hinsichtlich der im Menschen vorhandenen gesunden Kräfte und nach ausgleichendem Schutz der weiblichen Jugend gegenüber. Nicht ein tätiges Maß von Freistudien, wie die Linke es wollte, sondern tüchtige Ausbildung werde dem Behering Nutzen bringen. Nach Rüstlichem Vorbild empfahle sich die Einführung der gewerkschaftlichen Tätigkeit an den Hoch- und Fachschulen des ganzen Reiches. Erfreulicherweise blieb die Linke mit ihren eigenartigen Begläubungsvorschlägen für den verstärkten Nachwuchs allein. Abg. Esser (Str.) sagte ihr gründlich die Meinung, Abg. Reptilien (D. S.) warf diesen agitatorischen Stützpunkten die Frage auf, was sie denn überhaupt vom Handwerk, von alter deutscher Handwerkskunst verstanden? Bei ihrer völligen Geschäftseligkeit? Schärfe Zucht, ohne Ueberdehnung, tue den jungen Menschen not, die Entleerung der Lehrscheine in die Larische ist abzulehnen, denn „es seien vorläufig garnichts“. Der auf der Linke hier entsetzende Lärm war begreiflich. Die Abg. Frau Burm (L. S.) wollte glauben machen, daß die Jugend nur am Sozialismus gemessen werde. Nun, die Spuren scheiden! Aus all den feilschen Reden zu seinem End mußte Arbeitsminister Brauns im allgemeinen Anerkennung herausgehört haben, und er dankte dafür. Nicht ohne sich dagegen zu verwahren, als sei kein Ministerium ein Sozialistischer Unternehmertum. Wer könnte wohl im Ernst auf solchen Gedanken kommen! Dr. Brauns bezeichnete sich als „erfüllt von sozialem Geist“, aber als Nichtsozialist. Schärfer aber hätte auch ein Sozialist nicht über den „Nationalverband Deutscher Gewerkschaften“ sprechen können, als der Minister es tat. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, worauf das Haus in eine Aussprache über die gesamte Sozialversicherung eintrat.

Militärisches aus Rußland und Polen.

Von General von Hippel.
Am 23. April richtete die polnische Delegation an die russische eine Note wegen des deutschrussischen Wirtschaftsvertrages von Rapallo, in dessen Abschluß sie u. a. eine Verleihung des in Riga kurz vorher verarbeiteten gemeinsamen Vorgehens in Genua erklärte. Die abweisende Antwort Ichtischerins vom 30. April war von einer derartigen Schärfe, daß aus ihr allein, wenn wir zu der Zeit der früheren diplomatischen Umgangsformen lebten, auf einen Abbruch der gegenseitigen Beziehungen geschlossen werden müßte. Polen verhindert die Echolung Rußlands, arbeitet seinen lebenswichtigen Interessen entgegen, in diesem Sinne geht es weiter. — Wegen die Worte Lord Georges, daß Europa vor der Gefahr stünde, von neuem in ein Schlachthaus verwandelt zu werden, übertrieben sein, mag Rußland wegen seiner wirtschaftlichen und innerpolitischen Lage gar nicht die Kraft haben, einen großen Offensivkrieg zu führen, so lohnt es doch, die Rüstungen der beiden natürlichen Gegner kurz zu betrachten.
Das heutige Rußland hat einmal auf dem Papier ein Militärisches gehabt zu der Zeit, als die Armeen noch nicht demobilisiert waren und dieser Beschluß des 9. Kongresses der kommunistischen Partei nicht Wirklichkeit werden konnte. Es gelang Trotzki, dem unermüdlich, rücksichtslos und praktisch tätigen Volkskommissar für das Heerwesen bereits im Frühjahr 21 auf dem 10. Kongress die Verbehalten einer regulären Armee mit allgemeiner Wehrpflicht und zweijähriger Dienstzeit durchzusetzen. Die „Arbeiterregierung“ Sowjetrußlands hält also das alte „militärische“ System für das richtige und hat 1 000 000 Mann im Dienst. Die Umgestaltung des aus der Revolutionszeit stammenden bunten Heeres in eine kriegsbereite starke Friedensarmee ist zweifellos eine bedeutend organisatorische Leistung, die nur gelang, weil man in großem Umfang auf die Dienstleistung der alten zaristischen Offiziere zurückgriff. Das frühere Mißtrauen gegen diese, die teils die Not, teils auch väterländisches Empfinden in die neue Armee trieb oder in ihr erhielt, hat der Überzeugung Platz gemacht, daß es eben ohne Fachmänner nicht geht. „Wir haben in ihnen einen Grundstamm militärischer Instruktoren formiert, um den sich das neue rote Offizierskorps formieren kann“, heißt es beschwichtigend. Man ist noch weiter gegangen und hat der unheilvollen Tätigkeit der Volkstommtare bei der Truppe alles entzogen, was mit der Befehlsführung und der Disziplin zusammenhängt. Man hat Altersgrenzen eingeführt und an Offizier und Mann alle nicht voll leistungsfähigen Elemente entfernt, die im Heere nur gestörtes Unterkommen suchten.
Die neue Friedensarmee lehnt sich nach Möglichkeit an die alten Militär-Bezirke an, zu denen man aus verwaltungstechnischen Gründen reumäßig zurückgekehrt ist. Wahrscheinlich wegen des Mangels an höheren Führern schuf man in ihnen große Divisionen mit je drei starken Infanterie- und einer Artillerie-Brigade. In jedem der 10—12 bereits organisierten Bezirke werden 2 bis 3 solcher Divisionen aufgestellt. Man hat vorzüglich außerdem noch eine Reihe ganz oder halbmobiler Verbände beibehalten. In ihnen befinden sich die großen Kavalleriekorps und die zahlreichen fremdblümmigen Formationen, die man bisher mit Vorliebe zur Unterbekleidung von Unruhen und bei Reutereien roter Truppen verwendet. Die innere Welt der Armee wird recht verschieden beurteilt. Die Emigranten-Veeß spricht von einer erfolgreichen antikommunistischen Propaganda in ihren Reihen, die offizielle russische Propaganda in ihr schon jetzt eine sehr große Rolle spielt.